



**Antrag auf Zulassung als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) / Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) und gleichzeitig auf Zulassung als Rechtsanwältin / Rechtsanwalt**  
(§§ 4, 6 BRAO i.V.m. §§ 46a, 4, 6 BRAO)

Stand Juni 2022

Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg  
Zulassungsabteilung  
Grillendamm 2  
14776 Brandenburg an der Havel

**I. Unterlagen zum Antrag**

amtlich beglaubigte Ablichtung des Zeugnisses der Zweiten Juristischen Staatsprüfung bzw. der Bescheinigung über die Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation (§ 16 a Abs. 5 EuRAG) bzw. Nachweis der Befreiung von der Voraussetzung der Befähigung zum Richteramt (§ 211 BRAO)

lückenloser Lebenslauf mit Lichtbild

Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (nicht älter als drei Monate)

Original oder Ausfertigung oder amtlich beglaubigte Abschrift des Arbeitsvertrages einschließlich etwaiger Nachträge und Ergänzungen (§ 46a Abs. 3 BRAO, § 42 BeurkG)

Original oder Ausfertigung oder amtlich beglaubigte Abschrift der Ergänzungsvereinbarung/-en zum Arbeitsvertrag, von Arbeitgeber und der antragstellenden Person unterschrieben

unwiderrufliche Freistellungserklärung des Arbeitgebers, für den die Tätigkeit als Syndikusrechtsanwalt erfolgt

ausgefüllter und unterschriebener Fragebogen

ggf. Kopie des Nachweises über den Erwerb eines akad. Grades/Ehrengades/einer Professur

ggf. Kanzleibestätigung

**Hinweis:**

*Die Schriftform und insbesondere die eigene Unterschrift kann durch die elektronische Form ersetzt werden, wenn das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Vertrauensdienstegesetz versehen ist. Soweit der Antrag ausschließlich in elektronischer Form gestellt wird, ist eine Beglaubigung aller Dokumente in elektronischer Form durch einen Notar erforderlich (§ 39 a BUrkG).*



## II. Allgemeine Angaben zur antragstellenden Person

Name, Vorname ggf. Geburtsname	Staatsangehörigkeit
weitere Vornamen (nur anzugeben, wenn diese im Rahmen der Berufsausübung üblicherweise verwendet werden)	
akademische Grade, Ehrengade und/oder Professorentitel	
Geburtsdatum und -ort, Land	
aktueller Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	Telefon:  Fax:  E-Mail:
Wohnsitz nach Zulassung (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) (nur auszufüllen, wenn er vom aktuellen Wohnsitz verschieden ist)	
Sozialversicherungsnummer (freiwillige Angabe, erleichtert die Zuordnung bei der DRV)	

## III. Angaben zum Arbeitsverhältnis

Arbeitgeber Tätigkeitsbeginn<sup>1</sup>

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Tel.- und Fax-Nummer, E-Mail

<sup>1</sup> Bitte geben Sie an, wann Sie die Tätigkeit, für die die Zulassung beantragt wird, **tatsächlich aufgenommen** haben. Die Angabe ist erforderlich, da hiervon der Beginn der Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer abhängig sein kann (vgl. § 46a Abs. 4 Nr. 2 BRAO).



#### IV. Angaben zu den allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen (§ 4 BRAO)

Die Befähigung zum Richteramt habe ich erlangt durch:

Bestehen der Zweiten juristischen Staatsprüfung am \_\_\_\_\_

Bestehen der Abschlussprüfung der einstufigen Juristenausbildung am \_\_\_\_\_

Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation gem. § 16 a Abs. 5 EuRAG vom \_\_\_\_\_

Befreiung von der Voraussetzung der Befähigung zum Richteramt (§ 211 BRAO, § 4 RAG-DDR)  
(erforderliche Angaben bitte auf gesondertem Blatt beifügen)

#### V. Angaben zur Kanzlei gemäß § 27 Abs. 1 BRAO

Meine Kanzlei werde ich einrichten:

unter folgender Adresse

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Tel.- und Fax-Nummer, E-Mail, Homepage

bei (Kanzleibestätigung beilegen) \_\_\_\_\_

an meinem Wohnsitz (Voraussetzung: separater, abschließbarer Raum)

\_\_\_\_\_  
Name der Kanzlei bzw. Kurzbezeichnung

#### VI. Angaben zur weiteren Kanzlei gemäß § 27 Abs. 2 BRAO

Eine weitere Kanzlei werde ich einrichten:

unter folgender Adresse:

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Tel.- und Fax-Nummer, E-Mail, Homepage



bei (Kanzleibestätigung beilegen) \_\_\_\_\_

an meinem Wohnsitz (Voraussetzung: separater, abschließbarer Raum)

\_\_\_\_\_  
Name der weiteren Kanzlei- bzw. Kurzbezeichnung

### **VII. Angaben zur Zweigstelle gemäß § 27 Abs. 2 BRAO**

Ich werde eine Zweigstelle einrichten

unter folgender Adresse:

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Tel.- und Fax-Nummer, E-Mail, Homepage

an meinem Wohnsitz (Voraussetzung: separater, abschließbarer Raum)

\_\_\_\_\_  
Name der Zweigstelle bzw. Kurzbezeichnung

Falls die Zweigstelle nicht im Kammerbezirk der RAK Brandenburg eingerichtet wird:

Ich werde die zuständige Rechtsanwaltskammer \_\_\_\_\_ unverzüglich informieren (§ 27 Abs. 3 BRAO).

### **VIII. Angaben zur Vereidigung**

Für meine Vereidigung gemäß § 12 a BRAO mache ich folgende Angaben:

Ich möchte den Berufseid gemäß § 12 a Abs. 1 BRAO mit religiöser Beteuerungsformel leisten.

Ich möchte den Berufseid gemäß § 12 a Abs. 2 BRAO ohne religiöse Beteuerung leisten.

Ich möchte aus Glaubens- und Gewissensgründen keinen Eid, sondern das Gelöbnis gemäß § 12 a Abs. 4 BRAO leisten.



Ich möchte anstelle des Eides gemäß § 12 a Abs. 3 BRAO die Beteuerungsformel nach dem  
\_\_\_\_\_ (genaue Angabe des Gesetzes) leisten.

### IX. Verwaltungsgebühr

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von **€ 550,00**

habe ich auf das Konto der RAK überwiesen

ist als Verrechnungsscheck beigefügt

Brandenburger Bank BIC: GENODEF1BRB IBAN: DE10 1606 2073 0006 0500 00
-----------------------------------------------------------------------------

\_\_\_\_\_  
Ort und Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



## X. Fragebogen zum Antrag auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. durch zusätzliche Angaben ergänzen. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, fügen Sie die vollständigen Angaben bitte auf einem separaten, unterschriebenen Blatt bei.

**Hinweis:** Die Rechtsanwaltskammer benötigt die folgenden Angaben zur Prüfung Ihres Zulassungsantrags. Gemäß § 32 Satz 1 BRAO i.V.m. § 26 Abs. 2 VwVfG obliegt es Ihnen, bei der Sachverhaltsermittlung mitzuwirken. Fehlende Mitwirkung kann zur Zurückweisung Ihres Zulassungsantrags führen.

	Frage	Erläuterung	Antworten
1	Haben Sie bereits anderweitig eine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beantragt?	Wenn ja, bitte Zulassungsbehörde angeben.	nein      ja  Zulassende Behörde:
2	Ist Ihre Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bereits einmal versagt, widerrufen oder zurückgenommen worden?	§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 BRAO, § 46b Abs. 2 BRAO i.V.m. § 14 BRAO	nein      ja
3	Haben Sie nach einer Entscheidung des BVerfG ein Grundrecht verwirkt?	§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 1 BRAO	nein      ja
4	Fehlt Ihnen infolge strafrechtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter?	§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 2 BRAO Wer wegen eines Verbrechens (§ 12 Abs. 1 StGB) zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurde, verliert für die Dauer von fünf Jahren die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden (§ 45 Abs. 1 StGB).	nein      ja
5	Wurden Sie durch rechtskräftiges Urteil aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen und sind seit Rechtskraft des Urteils noch nicht acht Jahre verstrichen?	§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 3 BRAO	nein      ja
6	Sind Sie im Verfahren über die Richteranklage aus dem Richteramt entlassen worden? Ist gegen Sie im Disziplinarverfahren auf Entlassung aus dem Dienst in der Rechtspflege rechtskräftig erkannt worden?	§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 4 BRAO	nein      ja



7	<p>Sind gegen Sie strafgerichtliche Verurteilungen (§§ 4 bis 8 BZRG) verhängt worden?</p> <p>Sind gegen Sie Entscheidungen von Verwaltungsbehörden oder Gerichten gemäß § 10 BZRG ergangen?</p>	<p><b>§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 5 BRAO</b></p> <p>Die Rechtsanwaltskammer hat gemäß § 36 Abs. 1 BRAO ein Recht auf uneingeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister gem. § 41 Abs. 2 Nr. 11 BZRG.</p> <p>Im BZR getilgte Verurteilungen müssen nicht mehr angegeben werden.</p>	<p>nein            ja</p> <p>Wenn diese Frage bejaht wird, sind die erkennende Stelle (Gericht, Staatsanwaltschaft, sonstige Behörde) und Aktenzeichen anzugeben.</p>
8	<p>Sind oder waren gegen Sie</p> <p>a) Strafverfahren</p> <p>b) Disziplinarverfahren</p> <p>c) anwaltsgerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren (zu diesen Verfahrensarten) anhängig?</p>	<p><b>§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 5 BRAO</b></p> <p>Eingestellte Ermittlungsverfahren sind anzugeben, soweit sie gemäß</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- § 170 Abs. 2 StPO wegen Schuldunfähigkeit (§ 20 StGB) oder Vorliegen eines Verfahrenshindernisses,</li><li>- §§ 153, 153 a bis f StPO,</li><li>- § 154 a bis e StPO,</li><li>- § 205 StPO</li></ul> <p>vorläufig oder endgültig eingestellt wurden. Eingestellte Straf-, Disziplinar- oder anwaltsgerichtliche Verfahren, deren Einstellungsverfügungen länger als fünf Jahre zurückliegen, sind nicht mehr anzugeben.</p>	<p>nein            ja</p> <p>Wenn diese Frage bejaht wird, sind die erkennende Stelle (Gericht, Staatsanwaltschaft, sonstige Behörde) und Aktenzeichen anzugeben.</p>
9	<p>Bekämpfen Sie die freiheitliche demokratische Grundordnung in strafbarer Weise?</p>	<p><b>§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 6 BRAO</b></p>	<p>nein            ja</p>
10	<p>Leiden Sie an einer Sucht oder bestehen sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen, die Sie nicht nur vorübergehend an der ordnungsgemäßen Ausübung Ihres Anwaltsberufes hindern können?</p>	<p><b>§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 7 BRAO</b></p>	<p>nein            ja</p>



11	Wollen Sie nach Ihrer Zulassung neben dem Rechtsanwaltsberuf und der Tätigkeit als Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt noch eine sonstige berufliche Tätigkeit ausüben?	<b>§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 8 BRAO</b> Für eine nicht-anwaltliche berufliche Tätigkeit wird auf das Hinweisblatt verwiesen.	nein ja
12	a) Befinden Sie sich in Vermögensverfall?  b) Ist gegen Sie ein Insolvenzverfahren eröffnet worden?  c) Sind Sie in einem der vom Insolvenz- oder Vollstreckungsgericht zu führenden Verzeichnisse (§ 26 Abs. 2 InsO, § 882 b ZPO) eingetragen?	<b>§ 46a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO i.V.m. § 7 Nr. 9 BRAO</b> Wenn Angaben zu Frage 12 bejaht werden, wird um nähere Angaben, insbesondere über gegen Sie gerichtete Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, auf einem gesonderten Blatt gebeten	a) nein ja  b) nein ja  c) nein ja
13	Sind oder waren Sie Richter, Beamter, Berufssoldat oder Soldat auf Zeit?	<b>§ 7 Nr. 10 BRAO</b> (ausgenommen das Rechtsreferendariat)	nein ja
14	a) Wo werden die Referendärpersonalakten über Sie geführt?  b) Werden bei einer sonstigen Stelle Personalakten über Sie geführt?	a) Bitte Angabe, wo diese Personalakten ggf. angefordert werden können.  b) Bitte Angabe, wo diese Personalakten ggf. angefordert werden können.	a) _____  b) nein ja  _____  _____





Mir ist bekannt, dass meine Daten bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer gespeichert und teilweise gemäß § 31 BRAO in einem bundeseinheitlichen Gesamtverzeichnis im Internet veröffentlicht werden.

Die Anlagen bilden einen integralen Bestandteil dieses Antrags. Alle Antworten und Angaben habe ich in Kenntnis des § 36 Abs. 1 und 2 BRAO vollständig und wahrheitsgemäß gegeben / gemacht. Die Mitwirkungspflicht ergibt sich aus § 32 Satz 1 BRAO i.V.m. § 26 Abs.2 VwVfG.

---

Ort und Datum

Unterschrift



## Ergänzungsvereinbarung zum Arbeitsvertrag<sup>2</sup>

betreffend die Tätigkeit als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt  
(oder separate Ergänzungsvereinbarung von Arbeitgeber und Antragsteller/in unterschrieben)

Vor- und Nachname	
<b>I. Angaben zur Tätigkeit</b>	
Beginn ( <i>Datum</i> )	
Arbeitgeber ( <i>bitte vollen Namen / volle Firma</i> )	
Adresse ( <i>zugleich Kanzleisitz</i> )	
Unternehmensgegenstand / Gesellschaftszweck o.ä.	Registernummer
Funktionsbezeichnung	
<b>II. Fachliche Unabhängigkeit</b>	
<p>Herr / Frau _____ wird bei der Gesellschaft / in der Organisationseinheit _____ als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) / Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) beschäftigt. Die fachliche Unabhängigkeit der Berufsausübung i.S.d. § 46 Abs. 3 BRAO ist vertraglich und tatsächlich gewährleistet. Er / Sie unterliegt keinen allgemeinen oder konkreten Weisungen in fachlichen Angelegenheiten, die eine eigenständige Analyse der Rechtslage und eine einzelfallorientierte Rechtsberatung beeinträchtigen. Ihm / Ihr gegenüber bestehen keine Vorgaben zur Art und Weise der Bearbeitung und Bewertung bestimmter Rechtsfragen, er / sie arbeitet fachlich eigenverantwortlich. Er / Sie ist im Rahmen der von ihm / ihr zu erbringenden Rechtsberatung und -vertretung den Pflichten des anwaltlichen Berufsrechts unterworfen. Etwaige anderslautende Bestimmungen zur Weisungsgebundenheit der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers werden hiermit bezogen auf die anwaltliche Tätigkeit aufgehoben. Sofern eine variable Vergütung vereinbart wurde, wird hiermit</p>	

<sup>2</sup> Sie können die nachfolgenden Punkte auch im Arbeitsvertrag selbst oder in einer Ergänzung zum Arbeitsvertrag regeln. Die Verwendung des Vordrucks ist nicht erforderlich. Die Ergänzungsvereinbarung muss Original oder als Ausfertigung oder amtlich beglaubigte Abschrift eingereicht werden.



bestätigt, dass es sich hierbei um keine erfolgsabhängige Vergütung i. S. d. § 49b BRAO handelt und dass hierdurch die fachliche Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt wird.

### III. Merkmale der im Unternehmen ausgeübten Tätigkeit

#### Organisationsbeschreibung<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Bitte beschreiben Sie an dieser Stelle Aufgaben und Struktur der Organisationseinheit, in der Sie tätig sind.



**Tätigkeitsbeschreibung<sup>4</sup>**

**Angaben zum Schwerpunkt der Tätigkeit<sup>5</sup>**

---

Bitte beschreiben Sie Ihre Tätigkeit innerhalb der Organisationseinheit konkret und individuell, so dass ein präzises Bild der von Ihnen ausgeübten Tätigkeit entsteht.

- 5 Sofern Sie im Rahmen Ihres Arbeitsverhältnisses auch nichtanwaltliche Tätigkeiten (insbesondere Führungs- und Organisationstätigkeiten) ausüben, geben Sie bitte den (prozentualen) Anteil Ihrer anwaltlichen Tätigkeit an Ihrer Gesamttätigkeit bzw. den Schwerpunkt Ihrer Gesamttätigkeit an.



<b>Die Tätigkeit beinhaltet kumulativ</b>	
Die Prüfung von Rechtsfragen, einschließlich der Aufklärung des Sachverhalts sowie das Erarbeiten und Bewerten von Lösungsmöglichkeiten § 46 Abs. 3 Nr. 1 BRAO	<i>(Beschreibung)</i>
Die Erteilung von Rechtsrat § 46 Abs. 3 Nr. 2 BRAO	<i>(Beschreibung)</i>



<p>Die Ausrichtung der Tätigkeit auf die Gestaltung von Rechtsverhältnissen, insbesondere durch das selbständige Führen von Verhandlungen, oder auf die Verwirklichung von Rechten § 46 Abs. 3 Nr. 3 BRAO</p>	<p><i>(Beschreibung)</i></p>
<p>Die Befugnis zu verantwortlichem Auftreten nach außen § 46 Abs. 3 Nr. 4 BRAO.</p>	<p><i>(Beschreibung)</i></p>



#### IV. Zeichnungsbefugnis

Die Arbeitnehmerin / der Arbeitnehmer ist befugt nach außen verantwortlich aufzutreten. Sie/Er ist zeichnungsberechtigt für alle intern wie extern ausgehenden anwaltlichen Schreiben und Schriftsätze, die sie / er im Rahmen ihrer / seiner Berufsausübung als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt fertigt. Sofern bzw. soweit eine Pflicht zur Zweitunterschrift besteht, wird hiermit bestätigt, dass hierdurch die fachliche Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt wird.

#### V. Erklärung des Unternehmens / Verbandes (satzungsmäßiger Vertreter) / Unterschriften

Dem/Der Arbeitnehmer/in wird bestätigt, dass er/sie in unserem Unternehmen als Syndikusrechtsanwältin bzw. Syndikusrechtsanwalt tätig ist. Die unter II., III. und IV. gemachten Angaben sind zutreffend und werden hiermit Bestandteil des Arbeitsvertrages.

Uns ist bekannt, dass der/die Arbeitnehmer/in die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt beantragt. Uns ist weiter bekannt, dass von der Entscheidung über die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung abhängt. Wir verzichten hiermit vorsorglich auf eine Hinzuziehung als Beteiligter in dem Zulassungsverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Satz 2 VwVfG.

---

(Ort/Datum)

---

(Ort/Datum)

---

Name und Funktion des Unterzeichnenden

-----  
(Unterschrift Unternehmen / Verband)

-----  
(Unterschrift Antragsteller/in)



## Hinweisblatt zum Antrag auf Zulassung als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) / Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)

### I. allgemeine Hinweise

1. Der Antrag auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nebst Anlagen ist an die Rechtsanwaltskammer (RAK) zu richten, deren Mitglied Sie werden wollen.
2. Gemäß § 27 Abs. 1 BRAO muss jeder Rechtsanwalt im Bezirk der RAK, deren Mitglied er ist, eine Kanzlei einrichten. Gemäß § 27 Abs. 2 BRAO kann der Rechtsanwalt eine oder mehrere weitere Kanzleien einrichten. Hiervon zu unterscheiden ist die Zweigstelle gemäß § 27 Abs. 2 BRAO. Die Errichtung einer weiteren Kanzlei und/oder einer Zweigstelle muss der RAK Stuttgart unverzüglich angezeigt werden. Die Errichtung einer weiteren Kanzlei oder Zweigstelle im Bezirk einer anderen RAK ist auch dieser RAK anzuzeigen. Nähere Hinweise zur weiteren Kanzlei, insbesondere in Abgrenzung zur Zweigstelle finden Sie in dem [Merkblatt](#).
3. Der **lückenlose** Lebenslauf soll maschinenschriftlich gefertigt sein, ein Lichtbild und insbesondere folgende Angaben enthalten:
  - a) berufliche Beschäftigungen seit der Erlangung der Befähigung zum Richteramt, deren Dauer und die jeweiligen Arbeitgeber,
  - b) Angaben über besondere Fähigkeiten (z.B. Lehrgänge, Lehraufträge, etc.)
  - c) Angaben über akademische Grade (auch ausländischer Universitäten) mit entsprechenden Zeugnisurkunden.
4. Sofern Sie über mehrere Vornamen verfügen, sind alle Vornamen anzugeben (§ 2 Abs. 3 RAVPV), soweit diese im Rahmen der Berufsausübung üblicherweise verwendet werden.
5. Sofern Sie einen Berufsnamen führen, kann dieser angegeben werden (§ 2 Abs. 2 RAVPV). Nähere Hinweise zum Berufsnamen finden Sie in dem [Merkblatt](#).
6. Sofern Sie akademische Grade, Ehrenggrade und/oder die Bezeichnung „Professor“ führen, sind diese unter Angabe der jeweiligen Fachrichtung anzugeben. Die Rechtsanwaltskammer kann die Eintragung davon abhängig machen, dass die Berechtigung zum Führen des akademischen Grades, des Ehrengrades oder der Bezeichnung „Professor“ nachgewiesen wird (§ 2 Abs. 1 RAVPV).
7. Die Homepage Ihrer Kanzlei kann angegeben werden (§ 2 Abs. 5 RAVPV).
8. Gemäß § 51 BRAO besteht die Verpflichtung, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus der Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden mit einer Mindestversicherungssumme von € 250.000,00 abzuschließen und für die Dauer der Zulassung aufrecht zu erhalten. Die Aushändigung der Zulassungsurkunde darf erst erfolgen, wenn der Abschluss dieser Berufshaftpflichtversicherung nachgewiesen ist oder eine vorläufige Deckungszusage vorliegt (§ 12 Abs. 2 BRAO). Es empfiehlt sich daher, bereits diesem Antrag eine vorläufige Deckungszusage beizufügen.
9. Etwa veranlasste weitere Ausführungen zu den Fragen des Vordrucks sollen so ausführlich gehalten werden, dass die erforderliche Prüfung im Hinblick auf § 7 BRAO ohne weitere Rückfragen möglich ist. Zum Beispiel sollen, bei eventuellen Verfahren (z.B. Strafverfahren, Ermittlungsverfahren oder Zwangsvollstreckungsverfahren) auch die Behörden/das Gericht und das Aktenzeichen angegeben und für den Fall einer beabsichtigten anderen beruflichen Tätigkeit neben dem Anwaltsberuf Art und Umfang dieser Tätigkeit ausführlich beschrieben sowie eine Ablichtung des Anstellungsvertrages und eine unwiderrufliche Nebentätigkeitsgenehmigung des Arbeitgebers beigelegt werden. Beachten Sie hierfür bitte das gesonderte Merkblatt „sonstige berufliche Tätigkeit“.
10. Nach wirksamer Zulassung erfolgt die Eintragung in das von der RAK zu führende Rechtsanwaltsverzeichnis und das von der Bundesrechtsanwaltskammer zu führende Gesamtverzeichnis aller Mitglieder der Rechtsanwaltskammern (§ 31 BRAO).





## II. Hinweise zur Zulassung als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt

1. Bitte beachten Sie, dass der Antragsteller mit der Zulassung rückwirkend zu dem Zeitpunkt Mitglied der Rechtsanwaltskammer wird, zu dem der **Antrag auf Zulassung dort eingegangen** ist, sofern nicht die Tätigkeit, für die die Zulassung erfolgt, erst nach der Antragstellung begonnen hat; in diesem Fall wird die Mitgliedschaft erst mit dem Zeitpunkt des Beginns der Tätigkeit begründet.

2. Eine Befreiung von der Rentenversicherungspflicht erfolgt tätigkeitsbezogen durch die Deutsche Rentenversicherung Bund. Einen Befreiungsantrag müssen Sie daher bei der Deutschen Rentenversicherung Bund stellen. Dieser Zulassungsantrag ist notwendige Voraussetzung für eine Befreiung, **ersetzt aber den Befreiungsantrag nicht!** Für eine lückenlose Befreiung ist eine rechtzeitige Antragstellung erforderlich. Die exakten Voraussetzungen erfragen Sie bitte bei der Deutschen Rentenversicherung Bund.

3. Nach der Prüfung der Vollständigkeit der Unterlagen und der Voraussetzungen der Zulassung als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt gemäß § 46 a Abs. 1 BRAO ist zunächst der Träger der Rentenversicherung anzuhören. Nach der Anhörung entscheidet der Vorstand der Rechtsanwaltskammer durch Zulassungsbescheid, der Ihnen und dem Träger der Rentenversicherung zuzustellen und für beide rechtsmittelfähig ist. Erst nach Bestandskraft des Zulassungsbescheides kann die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt durch Vereidigung und Aushändigung der Zulassungsurkunde erfolgen. Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wird erst mit der Aushändigung der Zulassungsurkunde wirksam. Vor Aushändigung der Zulassungsurkunde ist eine persönliche Identifizierung erforderlich, da die Rechtsanwaltskammer nur nach entsprechender Identifikation Eintragungen in das bundesweite Rechtsanwaltsregister vornehmen darf. Nach § 46 a Abs. 4 Nr. 2 BRAO darf sodann die Tätigkeit unter der Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)“ oder „Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)“ ausgeübt werden.

4. Nach § 26 Abs. 2 VwVfG i.V.m. § 32 BRAO soll der/die am Verfahren beteiligte Zulassungsbewerber/in bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken und, soweit es dessen bedarf, sein/ihr Einverständnis mit der Verwendung von Beweismitteln erklären. Ein Antrag auf Gewährung von Rechtsvorteilen kann zurückgewiesen werden, wenn der Vorstand der Rechtsanwaltskammer infolge einer Verweigerung der Mitwirkung den Sachverhalt nicht hinreichend klären kann. Rechtsgrundlage der Fragen im Antragsformblatt sind die §§ 7, 27, 46 ff. BRAO.

5. **Datenschutzrechtliche Hinweise: Die Datenschutzbestimmungen können auf der Website**

**<https://rak-brb.de/datenschutz.html> eingesehen werden.**